Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1935)

Artikel: Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: Stauffer, A. / Bösiger, W. / Seematter, A.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417149

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1935.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **A. Staufler.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **W. Bösiger.**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **W. Bösiger.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **A. Seematter.**

Volksabstimmungen.

Es fanden 3 kantonale und 4 eidgenössische Abstimmungen statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Die erste Abstimmung fand statt am 30. Juni 1935 über das Gesetz betr. Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt. Dieses Gesetz wurde vom Bernervolk angenommen mit 39,504 gegen 20,986 Stimmen. Die annehmende Mehrheit betrug somit 18,518 Stimmen. Von insgesamt 207,106 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern sind 60,490 oder rund 29,$_4$ % an die Urne gegangen.

Am 8. September nahm das Bernervolk das Gesetz über die berufliche Ausbildung an mit 53,180 gegen 27,769 oder mit einem Mehr von 25,411 Stimmen. Die Zahl der stimmberechtigten Bürger betrug 207,642; es haben somit 41,$_5$ % an der Abstimmung teilgenommen.

In einer dritten Volksabstimmung, die am 27. Oktober stattfand, ermächtigte das Bernervolk den Grossen Rat zu folgenden Geldaufnahmen:

für Erstellung eines neuen Stauwehrs mit Schiffschleuse im Nidau-Büren-Kanal, mit 88,786 gegen 28,552 Stimmen;

für die Bereitstellung von Mitteln für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1935 und 1936, mit 99,054 gegen 26,149 Stimmen;

für verschiedene Arbeitsbeschaffungsprojekte, mit 91,701 gegen 30,909 Stimmen.

Bei dieser Abstimmung gingen von 208,786 in kantonalen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern 157,187 oder rund 75,$_3$ % an die Urne.

B. Eidg. Volksabstimmungen.

Das Schweizervolk wurde im Berichtsjahr viermal zur Urne gerufen. Am 24. Februar 1935 kam zur Abstimmung das Bundesgesetz über die Abänderung des

Bundesgesetzes vom 12. April 1907 betreffend die Militärorganisation. Für dieses Gesetz gab der Kanton Bern 151,480 gültige Stimmen ab, davon für Annahme 80,573 und für Verwerfung 70,907. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 209,132 und die der Stimmenden 152,368 oder rund 72,9 %.

Die zweite eidgenössische Abstimmung fand statt am 5. Mai 1935 über das Bundesgesetz betr. die Regelung der Beförderung von Gütern und Tieren mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen (Verkehrsteilungsgesetz), wobei für Annahme des Gesetzes 26,892 und für Verwerfung 64,292 Bürger stimmten. Von 210,115 Stimmberechtigten machten den Gang an die Urne 91,726 oder 43,7 %.

Am 2. Juni 1935 wurden die Stimmberechtigten zum dritten Mal an die Urne gerufen; es kam zur Abstimmung der Bundesbeschluss über das Volksbegehren zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not (Kriseninitiative), welcher im Kanton Bern angenommen wurde mit 90,669 gegen 78,511 Stimmen. Von 210,910 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 170,204 oder 80,7 % zur Urne.

Endlich kam am 8. September zur Abstimmung das Volksbegehren auf Totalrevision der Bundesverfassung, wobei 13,573 Bürger für und 73,336 gegen dieses Volksbegehren sich aussprachen. Stimmen wurden 87,498 abgegeben; 41,7 % machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

Volkswahlen.

Auf den 24. November wurden angesetzt die Wahlen für die eidgenössischen Geschwornen im I. und II. Assisenbezirk. Nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege vom 15. Juni 1934 konnten für diese Wahlen, gestützt auf Art. 5, in allen Wahlkreisen die Vorgeschlagenen durch den Regierungsrat als gewählt erklärt werden, da ihre Zahl die der im Wahlkreis zu wählenden Geschwornen nicht überschritt. Der angesetzte öffentliche Wahlgang fiel deshalb dahin.

Die Wahlzahl für die Berechtigung, einen eidgenössischen Geschwornen zu wählen, wurde von 1000 auf 3000 erhöht, so dass statt wie bisher 673 noch 230 zu wählen waren.

Am 24. November wurde in den durch Dekret vom 13. Mai 1935 umschriebenen Kirchgemeinden die römisch-katholische Kommission gewählt.

Endlich fand im Amtsbezirk Courtelary eine Ersatzwahl in die kantonale Schulsynode statt (Wahl Ernst Schönenberger, Tavannes).

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1935 bis 30. November 1936 gewählt: Regierungsrat Dr. H. Mouttet und Nationalrat Rudolf Weber, Grasswil; letzterer an Stelle des zurücktretenden alt Regierungsrat Dr. C. Moser, der den Kanton Bern seit dem 1. Dezember 1919 im Ständerat vertrat und ihm auch dort wertvolle Dienste leistete, die ihm bestens verdankt sein sollen.

Am 27. Oktober fand die Gesamterneuerung des Nationalrates statt. Für die 31 im Kanton Bern zu besetzenden Mandate wurden 10 Listen eingereicht mit insgesamt 201 Bewerbern, während 1931 sechs Listen mit 145 Kandidaten aufgestellt waren. Es fielen zu:

1. der freisinnig-demokratischen Partei . . .	3 Sitze
2. der sozialdemokratischen Partei	11 »
3. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei	10 »
4. dem Parti des paysans, artisans et bourgeois du Jura	1 Sitz
5. der schweizerischen Bauernheimatbewegung (Jungbauern)	3 Sitze
6. der unabhängigen Liste	1 Sitz
7. dem Parti libéral jurassien	1 »
8. dem Parti démocratique-catholique . . .	1 »

Die Wahlzahl haben nicht erreicht und deshalb kein Mandat erhalten:

1. die freiwirtschaftliche Liste,
2. die Liste der nationalen Erneuerung.

Grosser Rat.

Der Rat hielt im ganzen 7 Sessionen mit 39 Sitzungen ab. Ausserordentliche Sessionen fanden statt im Januar, im April, im Juni und im Dezember.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1934/35 amtete als Grossratspräsident Notar E. Spycher in Langenthal. Für das Verwaltungsjahr 1935/36 wurde als Grossratspräsident gewählt K. Ilg, Präsident S. M. U. V., Bern; als Vizepräsidenten: Gottlieb Bühler, Notar in Frutigen, und Henri Strahm, Buchdrucker, Cormoret.

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich im Grossen Rate neben den 5 bisherigen Fraktionen eine 6. gebildet, nämlich die Fraktion der schweizerischen Bauernheimatbewegung oder Jungbauern, mit 17 Mitgliedern. Die Mitglieder der neuen Fraktion gehörten bisher der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei an, so dass diese im Grossen Rate noch über 84 Mandate verfügt.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahre folgende Veränderungen: verstorben sind die Mitglieder Jakob Linder, Zimmermeister, Jassbach/Linden, Chr. Meier, Mechaniker in Hilterfingen und A. Rollier in Neuenstadt, während aus dem Rate austraten: Camille Comte in Courtételle; Fürsprecher W. Martig in Burgdorf, und Georges Moeckli, Delsberg. Neu in den Rat eingetreten sind: Fritz Wegmüller, Landwirt, Wikartswil; Emil Ganz, Kaufmann in Dürrenast; Robert Odiet, Landwirt, Pleigne; Adolf Mathys, Maschinist, Willadingen, und Christian Bürki, Wirt in Delsberg. Die Ersatzwahl für A. Rollier fällt in das nächste Berichtsjahr.

Folgende wichtigere Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz über die berufliche Ausbildung, zweite Lesung, sowie das Gesetz über Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt, erste und zweite Lesung.

2. Dekrete. Dekret betreffend Organisation und Umschreibung der Kirchgemeinden Trub und Trubschachen; Dekret betreffend die Organisation und Umschreibung der römisch-katholischen Kirchgemeinden des Kantons Bern; Dekret über die Ausübung des Viehhandels, Abänderung; Dekret betreffend Bildung und Umschreibung der Kirchgemeinde Buchen; Dekret betreffend Umschreibung der Kirchgemeinden Thurnen und Riggisberg; Dekret betreffend Unterstützung schwer belasteter Gemeinden aus dem Ertrag der kantonalen Krisenabgabe; Dekret betreffend Veranlagung der Einkommens-

steuern, Abänderungen und Ergänzungen; Dekret betr. Erhöhung des Staatsbeitrags an die Lehrerversicherungskasse; Beitritt des Kantons Bern zum Doppelbesteuerungsvertrag zwischen St. Gallen und Österreich; Dekret betreffend die Zuständigkeit des Regierungsstatthalters zur Beurteilung von Verwaltungsstreitigkeiten; Dekret betreffend die Herabsetzung der Besoldungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Staates Bern, Verlängerung der Gültigkeitsdauer, und Dekret betreffend die Haftpflichtversicherung der Fahrradhalter.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden 22 Motionen und 6 Postulate behandelt, sowie 8 Interpellationen und 15 einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Von solchen seien als wichtigere erwähnt: Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1935 und 1936; Konversion der Anleihe von 5 % von Fr. 12,000,000 vom Jahre 1925; Stauwehr Nidau, Neuerstellung; Zufahrtslinie SBB Wyler-Hauptbahnhof; Kreditbewilligung für verschiedene Arbeitsbeschaffungsprojekte.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. Mai amtete als Regierungspräsident der Direktor der Polizei, A. Stauffer. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. W. Bösiger das Präsidium, während als Vizepräsident der Direktor des Armenwesens, A. Seematter, gewählt wurde.

Der Regierungsrat hielt insgesamt 128 Sitzungen ab und behandelte 5449 Geschäfte. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatte sich der Regierungsrat in vielen Sitzungen mit der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt zu beschäftigen. Auch nach der Annahme des Gesetzes über Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Staatshaushalt hat die Regierung weitere Sparmassnahmen geprüft und durchgeführt und wird auch weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit dieser Aufgabe zuwenden. Ausserdem beschäftigte er sich in verschiedenen Sitzungen mit Fragen über die Bekämpfung und Milderung der Arbeitslosigkeit und der Krise in der Landwirtschaft. Für diesbezügliche Einzelheiten verweisen wir auf die Berichte der direkt beteiligten Direktionen.

Gestützt auf eingetretene Umstände sah sich der Regierungsrat veranlasst, am 16. Juli 1935 ein Kreisschreiben an die Direktionen zu erlassen betreffend die Zugehörigkeit von Staatsbeamten zu ausländischen politischen Organisationen oder zu politischen Organisationen von Ausländern und die Übernahme besonderer politischer Verpflichtungen gegenüber fremden Staaten. Gestützt auf dieses Kreisschreiben ist eine Entlassung vorgenommen worden.

Bezirksbeamte.

Infolge ihrer Wahl zu Oberrichtern traten zurück die Gerichtspräsidenten M. Ludwig in Biel und Dr. Dannegger in Thun. Ihre Ersatzwahlen fallen in das folgende Berichtsjahr.

Als Gerichtsschreiber, zugleich Betreibungsbeamter von Schwarzenburg wurde an Stelle des im Jahre 1934 zum Regierungsstatthalter gewählten Fürsprechers A. Weiss gewählt: Fürsprecher Eduard Müller.

Ersatzwahlen für Mitglieder des Amtsgerichtes: im Amtsbezirk Büren; an Stelle des verstorbenen Ad. Schmutz, Dotzigen, und des zurücktretenden Ernst Nussbaum in Büetigen wurden gewählt Ernst Bangerter in Wengi und Fritz Furrer in Leuzigen; im Amtsbezirk Laupen wurde gewählt Emil Gurtner, Brüggelbach, an Stelle des verstorbenen Ad. Brönnimann, Neuenegg; im Amtsbezirk Signau verstarb Ulrich Stauffer, Zollbrück; an dessen Stelle wurde gewählt Emil Därendinger, in Rüderswil.

Ergänzungswahlen für Ersatzmänner der Amtsgerichte fanden statt in den Amtsbezirken: Aarberg, Wahl Hans Minger, Rapperswil; Biel, Wahl Hans Weber, Madretsch; Oberhasli, Wahl Joh. Fuhrer, Gadmen; Signau, Wahlen von Christian Sommer, Mungnau, und Hans Stettler, Eggiwil; Nieder-Simmental, Wahl Joh. Jak. Wampfler, Diemtigen.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben unter anderm folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge . .	3,484
Überweisungen an den Grossen Rat	231
Ausführung für Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von . . . . . Fr.	50,788
Beglaubigungen von Unterschriften	22,196

Im Anweisungsverkehr wurden erledigt 1393 Gebührenfälle mit einem Ertrag von Fr. 171,391.80. Gegenüber dem Vorjahr erzeigt sich ein Mehrertrag von rund Fr. 20,000, der zurückzuführen ist auf die Gebühr für die II. SEVA-Lotterie.

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 1885 Geschäfte, davon 716 des Regierungsrates und 1169 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie überdies die Übersetzungen und Veröffentlichungen im französischen Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Besuche der Staatswirtschaftskommission und mehrerer anderer Mitglieder des Grossen Rates in den Räumen des Staatsarchives konnten die schon oft erörterte Tatsache bestätigen, dass die meisten dieser Räume nicht feuersicher sind und veraltete Einrichtungen aufweisen. Bedenklich ist das seit Jahren bestehende Verhältnis, dass sowohl im Rathaus als im Käfigturm Transformerstationen des städtischen Elektrizitätsnetzes in unmittelbarer Nachbarschaft der Archivräume sich befinden. Auch die Zustände im Gewölbe Nr. 5 im Erdgeschoss des Rathauses sind zufolge eindringender Feuchtigkeit unhaltbar geworden.

An grössern Ablieferungen sind zu nennen: 38 Kontrollen und Etats, sowie 98 Aktentheke der Unterrichtsdirektion aus den Jahren 1877—1895; 20 Kontrollen und 12 Aktensammlungen der Armendirektion über Anstalten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit; 60 Theke mit Verzeichnissen, Rechnungen, Akten der Sanitätsdirektion über Bezirkskrankenanstalten, Epidemien, Impfwesen der Jahre 1887—1922 bzw. 1930. Aus den Bezirksarchiven von Aarberg wurden die Strafakten 1862—1901 und neben vermischten Drucksachen die alten Urbarien der einstigen Landvogteien Aarberg und Frienisberg erhoben.

Bei der Grösse und Reichhaltigkeit des Staatsarchivs, worüber in Hinsicht auf die Neubaufrage ein

besonderer Bericht erstattet wurde, ergibt sich für Nachforschungen von selbst eine gewisse Arbeitsteilung je nach Eignung und Veranlagung der vorhandenen Arbeitskräfte.

Die Bearbeitung und Einreihung der erwähnten Ablieferungen und früherer aus verschiedenen Bezirksarchiven wurde soweit möglich gefördert. Im ehemaligen fürstbischöflich-baslerischen Archiv wurden 17 Unterabteilungen der Spiritualia und Temporalia neu geordnet und inventarisiert, worunter die sehr bedeutenden Bestände an Urkunden und Akten der einstigen Abtei Bellelay. In der Rats- und Archivbibliothek wurden die Bücher und Broschüren über Verkehrswesen, Finanzwesen und Armenwesen durchgesehen und neu aufgestellt. Im Berichtsjahr wurde der Band X der Fontes rer. Bernensium um den Druck der Urkunden und Urkundenregesten des Zeitraumes Juli 1386 bis Juni 1387 gefördert.

Hallwyl-Archiv. Der Stiftungsrat der Hallwyl-Stiftung und der Inspektor des Familienarchivs, Herr Prof. Dr. Ph. Thormann, statteten demselben Besuche ab; ebenso liess sich der Stammesälteste, Herr Karl Walter Leopold von Hallwyl (geb. 1903), die bedeutendsten Urkunden über seine Vorfahren vorlegen. Zuhanden der luzernischen Grundbuchbehörde arbeitete der Staatsarchivar einen geschichtlichen Bericht über die einstigen und z. T. noch bestehenden Fischereirechte der Hallwyl an dem nach ihnen benannten See aus. Die Akten, welche Hans von Hallwyl, 1480—1483 oberster Hauptmann der Schweizer in französischen Diensten, in dieser Eigenschaft sich gesammelt hat, boten dem Militärschriftsteller Prof. E. von Frauenholz in München willkommene Aufschlüsse über die Entwicklung des Begriffes der Ordonnanz.

Das Familienarchiv erhielt einen sehr grossen Zuwachs durch Übernahme des Nachlasses an Schriften, Akten, Plänen, Bildern und photographischen Platten von F. O. Schmid, der mehrere Jahre hindurch bei der Sammlung und Ergänzung der Archivalien und bei der Restauration der Schlossbesitzung tätig gewesen war. Die Schriften betreffen die Organisation und Katalogisierung des Familienarchivs, Studien zu der Familiengeschichte und der Baugeschichte des Schlosses, die Vorbereitung und Durchführung der Restaurationsarbeiten. Besondere historische Arbeiten Schmids behandeln die Grafschaft Fahrwangen und das Marschallamt der Hallwyl. Die schon früher im Familienarchiv befindlichen und neu eingelangten Pläne über das Schloss und seine Restauration, zusammen bei 700 Nummern, wurden durch einen geeigneten Bautechniker geordnet und registriert. Zugleich mit der Bearbeitung des Zuwachses wurden im ganzen Archiv zahlreiche Instandsetzungen an Bänden, Heften, Papierurkunden durch einen dazu geeigneten Buchbinder ausgeführt. Die Massnahmen verschafften mehreren Aushilfskräften während längerer Zeit die erwünschte Arbeit. Der Hallwyl-Fonds, zu Beginn des Berichtsjahres Fr. 15,858.45 ausmachend, stand zu Ende desselben auf Fr. 12,982.46, also noch über dem unantastbaren Grundbestand von Fr. 10,000.

Bern, den 16. März 1936.

Der Regierungspräsident:
W. Bösiger.

Vom Regierungsrat genehmigt am 28. April.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**